

**VERHANDLUNGSSCHRIFT
über die
ORDENTLICHE SITZUNG des GEMEINDERATES**

am **Dienstag, dem 27. März 2012** in Persenbeug

Beginn: 19.00 Uhr

Die Einladung erfolgte am 22.03.2012

Ende: 20.45 Uhr

durch Email und FAX.

ANWESEND WAREN:

Bürgermeister: Manfred Mitmasser

Vizebürgermeister: Gerhard Leeb

die Mitglieder des Gemeinderates:

- | | |
|-----------------------------|-----------------------------|
| 1. GeschfGR Heinrich Wagner | 2. GeschfGR Christa Kranzl |
| 3. GeschfGR Andreas Umgeher | 4. GeschfGR -x- |
| 5. GR Hubert Kritsch | 6. GR Erich Hofer |
| 7. GR Josef Widder | 8. GR -x- |
| 9. GR Hermann Pichler | 10. GR Jürgen Riegler |
| 11. GR -x- | 12. GR Franz Elser |
| 13. GR Monika Hebenstreit | 14. GR Andreas Madler |
| 15. GR Gerhard Hofstätter | 16. GR Walter Schrotshammer |
| 17. GR Karl Schachenhofer | 18. GR Stephan Gruber |
| 19. GR Gabriele Brunner | |

ANWESEND WAREN AUSSERDEM:

ENTSCHULDIGT ABWESEND WAREN:

- | | |
|-----------------------------|--------------------|
| 1. GeschfGR Elisabeth Hölzl | 2. GR Rupert Frank |
| 3. GR Karl Hochberger | |

NICHT ENTSCULDIGT ABWESEND WAREN:

-x-

VORSITZENDER: Bürgermeister Manfred Mitmasser

Die Sitzung war öffentlich.

Die Sitzung war beschlussfähig.

TAGESORDNUNG:

1. Genehmigung des letzten Protokolls
2. Rechnungsabschluss 2011 und Bericht des Kassenprüfungsausschusses
3. NÖ. Feuerwehr- und Ausrüstungsverordnung; Fahrzeug und Stationierungskonzept
4. ASBÖ Rettungsstelle Persenbeug; Übertragung Dienstbarkeitsvertrag an ASBÖ Landesverband
5. Wohnungsansuchen
6. Straßenbauprogramm 2012
7. Sanierung Wohnung Hauptstraße 8
8. Postpartner-Vertrag

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit:

9. Personalaufnahmen
 - a) Grünanlagen
 - b) Postpartner
10. Hochwasserschutz **(Dringlichkeitsantrag) öffentlich**
 - a) Bericht über weitere Vorgangsweise
 - b) Abruf Rahmenvereinbarung

VERLAUF DER SITZUNG:

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderates und eröffnet nach Feststellung der Beschlussfähigkeit die ordentliche Gemeinderatssitzung.

Vor Behandlung der Tagesordnung bringt der Bürgermeister den bereits vorliegenden Dringlichkeitsantrag gemäß § 46 Abs. 3 NÖ. Gemeindeordnung zur Kenntnis (siehe Beilage zum Protokoll).

Antrag des Bürgermeisters: Er beantragt die Aufnahme des nachstehenden Tagesordnungspunktes in die heutige Gemeinderatssitzung (öffentlicher Teil).

10. Hochwasserschutz

- a) Bericht über weitere Vorgangsweise
- b) Abruf Rahmenvereinbarung

Beschluss: Dem Antrag des Bürgermeisters wird zugestimmt.

Abstimmung: einstimmig

1. Genehmigung des letzten Protokolls:

Geschf.GR Christa Kranzl bringt im Namen der Liste Christa Kranzl und Unabhängige einen Antrag gemäß § 22 der NÖ. Gemeindeordnung auf Abänderung des Sitzungsprotokolls TOP 2 Genehmigung des letzten Protokolls vom 12.03.2012 ein und verliest diesen (siehe Beilage zum Protokoll).

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge den vorliegenden Antrag betreffend der Abänderung des letzten Sitzungsprotokolls (Beschlussprotokoll) ablehnen, da lt. NÖ. Gemeindeordnung im Gemeinderatsprotokoll nur der Sachverhalt, Anträge und Beschlüsse sowie das Abstimmungsergebnis anzuführen sind.

Beschluss: Dem Antrag des Bürgermeisters betreffend vorstehender Ablehnung wird mit drei Gegenstimmen der Liste Christa Kranzl und Unabhängige (GeschfGR Kranzl, GR Madler, GR Brunner) zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Das Sitzungsprotokoll gilt daher als genehmigt.

2. Rechnungsabschluss 2011 und Bericht des Kassenprüfungsausschusses:

Zu Beginn weist der Bürgermeister darauf hin, dass der Rechnungsabschluss in der Zeit vom 12. bis 26. März 2012 zur allgemeinen Einsichtnahme am Gemeindeamt aufgelegt ist und während dieser Zeit keine Erinnerungen abgegeben wurden. Die Auflage wurde ortsüblich kundgemacht. Jede im Gemeinderat vertretene Partei wurde bei Beginn der Auflagefrist eine Ausfertigung des Entwurfes ausgefolgt. Im Anschluss stellt GeschfGR Christa Kranzl im Namen Ihrer Fraktion diverse Anfragen zum Rechnungsabschluss, die von GeschfGR Heinrich Wagner entsprechend beantwortet werden. Haftungen gegenüber den Schulgemeinden sind lt. Auskunft vom Gemeindeferrat des Landes NÖ. nicht mehr anzuführen.

Der Obmann des Prüfungsausschusses, GR Hubert Kritsch berichtet über die am 23.03.2012 durchgeführte Gebarungsprüfung, welche sich auf den Rechnungsabschluss 2011 und die Gebarung bis zum 21.03.2012 bezog. Dabei wurde die Gebarung für in Ordnung befunden. Es wurde auch festgestellt, dass die gesamte Gebarung wirtschaftlich, sparsam und zweckmäßig geführt wurde.

Der Bürgermeister verweist im Anschluss auf den sehr erfreulichen Rechnungsabschluss 2011 SOLL-Überschuss € 481.133,34 (seit 3 Jahren kein Schuldenzuwachs – Schuldenstand derzeit € 2,958.312,78 - und erfreulicher Rücklagenstand – derzeit € 1,145.930,98 inkl. Wertpapiere).

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge den Rechnungsabschluss in der vorliegenden Form samt den bisher nicht genehmigten außer- und überplanmäßigen Ausgaben genehmigen und den Bericht des Kassenprüfungsausschusses zur Kenntnis nehmen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig. Das Fehlen der Haftungen gegenüber den Schulgemeinden im Haftungsnachweis soll lt. GeschfGR Kranzl jedoch nochmals mit der Abt. Gemeinden des Landes NÖ. geklärt werden.

3. NÖ. Feuerwehr- und Ausrüstungsverordnung; Fahrzeug und Stationierungskonzept:

Der Bürgermeister berichtet, dass gemäß NÖ Feuerwehr-Ausrüstungsverordnung mit den beiden Feuerwehren Persenbeug und Gottsdorf eine Risikoanalyse erstellt wurde. Die Gemeinde Persenbeug-Gottsdorf ist in B3/T1 eingestuft und hat 2 Feuerwehren. Die Zuordnung der Fahrzeuge und Geräte erfolgt lt. Beilage zum Protokoll. Beim Hydraulischen Rettungsgerät der Feuerwehr Gottsdorf läuft in 3 Jahren die Verwendungsfrist ab. Laut Aufteilung der Fahrzeuge und Geräte wurde das

Hydraulische Rettungsgerät der Freiwilligen Feuerwehr Persenbeug zugeteilt. Kauft die Feuerwehr Gottsdorf ein neues Gerät an, erhält diese lt. den derzeitigen Förderungsrichtlinien des Landes keine Förderung. Im beiderseitigen Einvernehmen der Feuerwehr Persenbeug und Gottsdorf soll das Gerät bei der Feuerwehr Gottsdorf stationiert bleiben. Der Bürgermeister schlägt deshalb vor, dass bei einem Neuankauf seitens der Gemeinde der Förderungsanteil übernommen werden soll.

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge das erstellte Konzept lt. vorliegendem Fahrzeug- und Stationierungsplan der Feuerwehren Persenbeug und Gottsdorf beschließen, sowie die Übernahme der Förderung durch die Gemeinde bei einen notwendigen Ankauf des Hydraulischen Rettungsgerätes der Feuerwehr Gottsdorf.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. ASBÖ Rettungsstelle Persenbeug; Übertragung Dienstbarkeitsvertrag an ASBÖ Landesverband:

Der Bürgermeister teilt mit, dass der am 13. Oktober 2008 abgeschlossene Dienstbarkeitsvertrag betreffend der Liegenschaft ASBÖ Rettungsstelle Persenbeug, Nibelungenstraße 67 vom Samariterbund Rettung und Soziale Dienste gemeinnützige GmbH an den ASBÖ Landesverband übertragen wurde. Mit dem ASBÖ Landesverband ist daher ein neuer Ergänzungsvertrag zum Dienstbarkeitsvertrag abzuschließen. Aufgrund der bevorstehenden Renovierungsarbeiten der Rettungsstelle, ist der ASBÖ Landesverband Bauträger und wird aber seitens der Gemeinde finanziell unterstützt. Im Zuge der Diskussion sind noch zu klärende Fragen aufgetreten. GGR Kranzl vertritt die Ansicht, dass dies nicht rechtlich ist.

Antrag des Bürgermeisters: Zur Klärung der offenen Fragen soll eine Rechtsauskunft bei Notar Dr. Schwarzinger eingeholt werden. Dieser Tagesordnungspunkt wird daher in der heutigen Gemeinderatssitzung abgesetzt.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Wohnungsansuchen:

Bürgermeister Mitmasser schlägt vor, die freie Gemeindewohnung im Rathaus wieder öffentlich (Gemeindezeitung und Homepage) auszuschreiben. Die Vergabe der Gemeindewohnung soll erst in der nächsten Gemeinderatssitzung erfolgen.

6. Straßenbauprogramm 2012 :

Für das Jahr 2012 sind folgende Straßensanierungen geplant:

Feldstraße in Gottsdorf – Kosten betragen lt. Angebot vom 11. Oktober 2011 der Firma Malaschofsky aus Krummnußbaum netto € 34.311,40. Zusätzlich der anfallenden Kosten für die Verkabelung, die im Zuge der Straßenbauarbeiten mitverlegt wird.

Umkehrplatz Weinzierlstraße in Persenbeug – mit der Errichtung des Umkehrplatzes wurde bereits im Jahr 2011 begonnen. Durch die vorherzusehenden Setzungen wurde mit der Fertigstellung (Asphaltierung) bis zum Frühjahr 2012 zugewartet. Die Bezahlung erfolgte bereits im Jahr 2011.

Parkplatz in Persenbeug, Nibelungenstraße 6, vor Ordination Dr. Kammerer – sind ca. 118 m² öffentliches Gut – die Kosten betragen lt. vorliegendem Angebot vom 08. März 2012 der Firma Malaschofsky netto € 7.080,10.

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge die Auftragsvergabe für die geplanten Straßensanierungen an die Firma Malaschofsky zu o.a. Kosten erteilen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Sanierung Wohnung Hauptstraße 8:

Für die Sanierung der Gemeindewohnung (103 m²) in Persenbeug, Hauptstraße 8 wurden nachstehende Angebote eingeholt:

Ing. Franz Brachinger, Persenbeug – Baumeisterarbeiten – netto € 49.196,50,

Firma Hainböck, Persenbeug – Sanitärinstallationen – netto € 5.094,-- und

Firma Gamsjäger, Ybbs/Donau – Elektroinstallationen – netto € 4.811,76.

Die vorstehenden Kosten beinhalten das benötigte Material einschließlich Arbeitszeit. Wobei bei den Kosten ca. 40 – 50 % eingespart werden, da der Großteil der Arbeiten in Eigenregie durch die Gemeindearbeiter durchgeführt werden kann. GGR Kranzl regt an, eine genauere Kostenaufstellung dem Gemeinderat vorzulegen, wo die tatsächlichen Einsparungen durch Arbeiten in Eigenregie angeführt sind. Der Bürgermeister entgegnet, dass so viel wie möglich in Eigenregie gemacht werden soll, jedoch durch die beginnenden laufenden Arbeiten im Frühjahr (Mäharbeiten etc.) dies nicht genau festgelegt werden kann.

Antrag des Vizebürgermeisters: Der Gemeinderat möge die Sanierung der Gemeindewohnung in der Hauptstraße 8 und die Auftragsvergaben an die o.a. Firmen beschließen.

Beschluss: Dem Antrag des Vizebürgermeisters wurde mit 3 Gegenstimmen der Liste Christa Kranzl und Unabhängige (GeschfGR Kranzl, GR Madler, GR Brunner) zugestimmt. Begründung der Gegenstimmen: Vorlage einer genauen Aufstellung der zu erwartenden tatsächlichen Kosten und reelle Kostenvoranschläge.

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen für (SPÖ und ÖVP)

3 Gegenstimmen (Liste Christa Kranzl und Unabhängige)

8. Postpartner-Vertrag

Der Bürgermeister berichtet über die beiliegenden Post-Partner-Verträge:

- **Post-Partnervertrag für Post-Partner als Nebentätigkeit** – Zweck dieser Vereinbarung ist eine Kooperation zwischen der Post und dem Post-Partner, mit dem Ziel der Erfüllung der im Postgesetz und in der Post-Universaldienstverordnung vorgesehenen Vorgaben. Die Vertragsparteien wollen sicherstellen, dass eine optimale Sicherung der Bedürfnisse der Kunden der Post in Österreich durch diese Zusammenarbeit erzielt wird.
- **Änderung des Post Partner-Vertrages für Post-Partner als Nebentätigkeit** – Die Vertragsparteien werden mit 01. Mai 2012 den Post-Partnervertrag für Post-Partner Nebentätigkeit abschließen.

- **Anhang 14 Verzeichnis der variablen Verkaufsmodule – Postverpackungen Modul 5** – Die Vertragsparteien haben vereinbart, dass der Post-Partner den Verkauf von Verpackungsmaterial anbietet.

Die Einschulungen für die Post-Partner Bediensteten finden am 22. und 23. April 2012 in St. Pölten, bei Produktänderungen finden die Schulungen vor Ort statt.

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge die beiliegenden Verträge mit der österreichischen Post AG genehmigen.

Beschluss: Dem Antrag des Bürgermeisters wird zugestimmt, jedoch mit der Anregung der Liste Christa Kranzl und Unabhängige, dass der Punkt des Post-Partnervertrages TOP 1.2 (die Post kann im Einzugsbereich des Post-Partners auch selbst für Kunden, die mit der Post mehr als € 6.000,00 brutto jährlich umsetzen, von sich aus tätig werden) hinterfragt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Bürgermeister verweist darauf, dass dieser Tagesordnungspunkt vertraulich zu behandeln ist.

9. Personalaufnahmen:

a) Grünanlagen:

Der Bürgermeister berichtet, dass sich auf Grund der öffentlichen Ausschreibung insgesamt 3 Interessentinnen für die Aufnahme als Grünanlagenbetreuerin beworben haben. Die Bewerbungsunterlagen wurden geprüft und er schlägt als neue Bedienstete Frau Sylvia Türscherl aus Gottsdorf, Rosengasse 6 vor.

Weiteres betreffend diesen Tagesordnungspunkt, wird auf das nicht öffentliche Protokoll der Gemeinderatssitzung verwiesen.

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge die Aufnahme von Frau Silvia Türscherl als Grünanlagenbetreuerin beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

b) Postpartner:

Der Bürgermeister berichtet, dass sich auf Grund der öffentlichen Ausschreibung insgesamt 19 Interessenten(innen) für die Aufnahme als Angestellte(r) beworben haben. Die Bewerbungsunterlagen wurden geprüft und er schlägt als Angestellte (zu je 15 Wochenstunden) der Postdienststelle Frau Marion Blahna, Persenbeug, Roseggerstraße 6 und Wurzer Anna Maria, Persenbeug, Pappelstraße 2 vor.

Weiteres betreffend diesen Tagesordnungspunkt, wird auf das nicht öffentliche Protokoll der Gemeinderatssitzung verwiesen.

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge die Aufnahme von Frau Marion Blahna und Anna Maria Wurzer ab 02. Mai 2012 als Angestellte der Postdienststelle beschließen.

Dazu wurde von GGR Christa Kranzl folgender **Gegenantrag** eingebracht:

Der Gemeinderat möge die Aufnahme von Frau Bettina Gorkowski, Gottsdorf, Flurstraße 26/B/7 und Anna Maria Wurzer als Angestellte für die Postdienststelle beschließen.

1. Abstimmung über den Antrag des Bürgermeisters:

Beschluss: Der Antrag wird mehrstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür (SPÖ, ÖVP)

3 Stimmen dagegen (GGR Kranzl, GR Madler,
GR Brunner)

2. Abstimmung über den Gegenantrag:

Beschluss: Der Antrag wird mehrstimmig abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen dafür

15 Stimmen dagegen (SPÖ, ÖVP)

10. Hochwasserschutz: (Dringlichkeitsantrag)

a) Bericht über weitere Vorgangsweise:

Der Bürgermeister informiert, dass am 26. März 2012 im Gasthof Böhm mit den Liegenschaftseigentümern von der KG Hagsdorf und KG Gottsdorf eine Versammlung betreffend Hochwasserschutz stattgefunden hat. Als Baubeginn ist in Hagsdorf das 1. Halbjahr 2013 und in Gottsdorf das 2. Halbjahr 2014 vorgesehen, vorausgesetzt ist ein reibungsloser Ablauf der jeweiligen Vergabeverfahren. Die voraussichtlichen Baukosten betragen € 19,05 Mio., seitens der Marktgemeinde sind 12,5 % der Kosten zu tragen.

b) Abruf Rahmenvereinbarung:

Von der Rechtsanwältin GmbH Estermann Pock aus 1010 Wien, Heinrichsgasse 4/1 liegt ein Honorarangebot vom 03. Februar 2012 betreffend vergaberechtliche Begleitung des Hochwasserschutzprojektes Polder Hagsdorf – Abruf Rahmenvereinbarung ÖBA Donau-HWS vor. Der Gesamtaufwand wird auf rund € 4.000,- geschätzt, zuzüglich MwSt. und Barauslagen. Die Abrechnung erfolgt monatlich im Nachhinein.

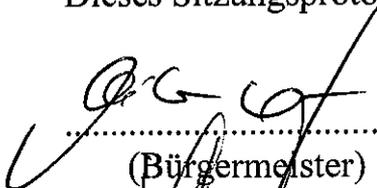
Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge die Rechtsanwältin GmbH Estermann Pock aus 1010 Wien mit der Ausführungsplanung für die Abwicklung des Projektes Hochwasserschutz KG Hagsdorf lt. vorliegenden Honorarangebot zu o.a. Kostenaufwand beauftragen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Nachdem keine Wortmeldung folgt, schließt der Bürgermeister um 20 Uhr 45 die ordentliche Gemeinderatssitzung.

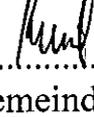
Dieses Sitzungsprotokoll wurde in der Sitzung am 01. August 2012 genehmigt.


.....
(Bürgermeister)


.....
(Vizebürgermeister)

.....
(Geschf. Gemeinderat)


.....
(Schriftführer)


.....
(Gemeinderat)

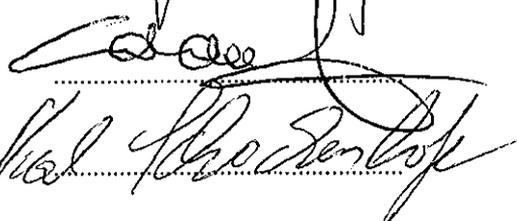
DRINGLICHKEITSANTRAG

gem. § 46 Abs. 3 der
NÖ. Gemeindeordnung

Die gefertigten Gemeindevertreter beantragen, nachstehenden Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung aufzunehmen:

10. Hochwasserschutz
 - a) Bericht über weitere Vorgangsweise
 - b) Abruf Rahmenvereinbarung

Unterschriften:


.....

.....

27.3.2012

Antrag

gemäß § 22 der NÖ. Gemeindeordnung

der **Liste Christa Kranzl und Unabhängige** zu Tagesordnungspunkt TOP 1 der Gemeinderatsitzung vom **27. März 2012** betreffend **Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 12. März 2012**

Die Gefertigten stellen den Antrag, das Protokoll über die GR-Sitzung vom 12. März 2012 wie folgt abzuändern:

TOP 2) Übernahme Postpartner

Der Bürgermeister berichtet.....Kündigungsfrist von 3 Monaten festgelegt werden soll.

Geschf.GR Christa Kranzl verweist in ihrer Wortmeldung auf den bereits in der letzten Sitzung am 15. Februar 2012 seitens der Liste Christa Kranzl und Unabhängige eingebrachten und mit den Stimmen der SPÖ abgelehnten Antrag – es habe sich nun alles bestätigt, was seitens ihrer Liste am 15. Februar ausgeführt worden ist – beide Interessenten waren von vornherein nicht für die Übernahme der Postdienstleistungen geeignet und wertvolle Zeit sei daher verloren gegangen.

Sie bringt daher nochmals einen Antrag in schriftlicher Form wie folgt ein, mit welchem einerseits der Antrag vom 15.2. bekräftigt und hinsichtlich der Öffnungszeiten ergänzt wird – dieser wird von ihr verlesen und beinhaltet im wesentlichen folgende Punkte

- Der Gemeinderat.....Gesamtöffnungszeit von 29,5 Stunden).

Bezüglich der Post-Räumlichkeiten werden diese **nur unmittelbar im Rathaus** als sinnvoll angesehen – hier wurden verschiedenste Möglichkeiten vorgeschlagen - im OG mit Einbau eines Behindertenliftes, im Foyer des EG mit Adaptierungsarbeiten (Windschutz, Heizung, Licht, etc.) im Eingangsbereich oder auch im Nebenraum im EG mit den notwendigen Adaptierungsarbeiten (Heizung, Boden, Malerarbeiten, Licht, etc.) – dieser hätte den Vorteil, dass er

sogar vom Hof aus zugänglich ist. Es gäbe jedenfalls eine Vielzahl von Varianten, weshalb dies auch dem Ausschuss für Haus- und Grundbesitz zugewiesen werden sollte. Begründet wird dies seitens ihrer Liste damit, dass die zu übernehmenden Post-Dienstleistungen bei weitem **NICHT** durch die beabsichtigten Personalaufnahmen (2 x 15 Stunden Kräfte) gedeckt werden können – bedingt durch Urlaub, Krankenstand, etc. ist mit mindestens 1 ½ Vollzeitäquivalenten zu rechnen – diese sollen laut Antrag der Liste Christa Kranzl und Unabhängige durch die bestehenden Gemeindebediensteten abgedeckt werden – wofür die räumliche Nähe Voraussetzung ist, deshalb auch der Vorschlag Unterbringung im Rathaus. Überdies fallen auch durch die Mietaufwendungen zusätzliche Kosten an, die von der Allgemeinheit über das Gemeindebudget zu tragen sind.

Christa Kranzl verlangt darauf hin die Abstimmung über den eingebrachten Antrag, worauf der Bürgermeister entgegnet, dass er als Vorsitzender entscheide, über welchen Antrag er abstimmen lässt.

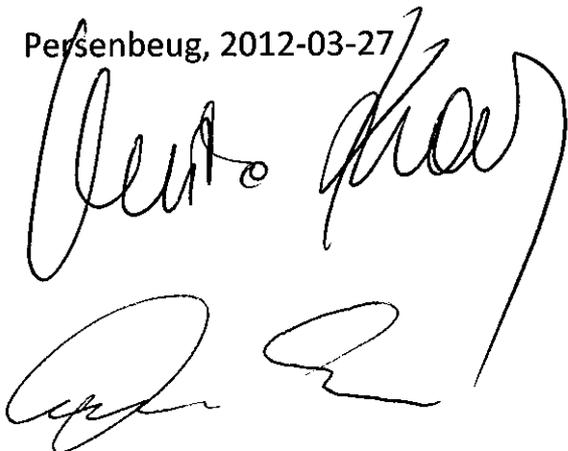
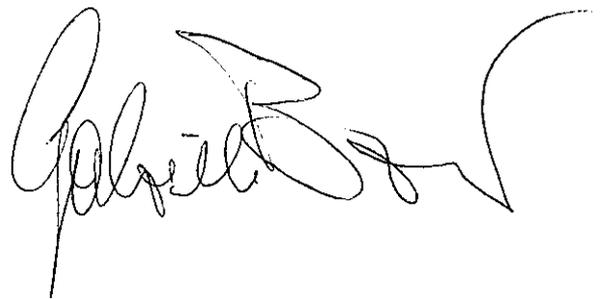
Die Liste Christa Kranzl und Unabhängige protestiert entschieden gegen diese gesetzwidrige und keinesfalls mit der NÖ. Gemeindordnung im Einklang stehende Vorgehensweise, sie wird diesbezüglich jedenfalls Rechtsauskunft einholen.

Daraufhin stellt Bürgermeister Manfred Mitmasser den Antrag wie folgt:

- Die Gemeinde übernimmt die Postpartnerschaft....

und bringt **ausschließlich** seinen Antrag zur Abstimmung – dieser wird mit 4 Gegenstimmen der Liste Christa Kranzl und Unabhängige und den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Persenbeug, 2012-03-27

The image shows two handwritten signatures in black ink. The signature on the left is larger and more stylized, while the one on the right is smaller and more compact. Both appear to be cursive and somewhat illegible.A single handwritten signature in black ink, written in a cursive style. It is positioned to the right of the other signatures.